

Perestrojka und das sowjetische Osteuropa-Bild

Hausleitner, Mariana

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hausleitner, M. (1990). *Perestrojka und das sowjetische Osteuropa-Bild*. (HSFK-Report, 1/1990). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-95712-1>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



**HESSISCHE
STIFTUNG
FRIEDENS-UND
KONFLIKT-
FORSCHUNG**

Mariana Hausleitner

**Perestrojka und
das sowjetische Osteuropa-Bild**

HSFK-Report 1/1990

BIBLIOTHEK
DER HESSISCHEN STIFTUNG
FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG
Archiv

**HESSISCHE
STIFTUNG
FRIEDENS-UND
KONFLIKT-
FORSCHUNG**

Mariana Hausleitner

**Perestrojka und
das sowjetische Osteuropa-Bild**

HSFK-Report 1/1990
Februar 1990

Adresse der Autorin:

Hessische Stiftung
Friedens- und Konfliktforschung
Leimenrode 29
D-6000 Frankfurt/Main 1
Telefon 069 / 550191
Telefax 069 / 558481

ISBN 3-926197-67-6

DM 12,00

INHALT

| | Seite |
|---|-------|
| Zusammenfassung | I-II |
| 1. Einleitung | 1 |
| 2. Der Primat der Innenpolitik der UdSSR | 3 |
| 2.1. Tiflis ist näher als Warschau | 3 |
| 2.2. Glasnost wird wieder hergestellt | 4 |
| 2.3. Konfrontation der Reformkräfte und Konservativen beim Kongreß | 5 |
| 2.4. Ansätze für eine demokratische Teilhabe der Bürger | 7 |
| 2.5. Die Ideologien der Konservativen | 9 |
| 3. Osteuropa von Moskau aus gesehen | 13 |
| 3.1. Das Osteuropa-Bild der sowjetischen Medien | 13 |
| 3.2. Zur Rolle sowjetischer Osteuropa-Experten | 21 |
| 4. Wege zur Annäherung in Europa | 25 |
| Anmerkungen | 28 |

ZUSAMMENFASSUNG

Nach Gorbačevs Amtsübernahme hatte sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß die Weltmachtrolle der UdSSR nur zu sichern ist, wenn der Anschluß an die technologische Entwicklung des Westens durch ein Modernisierungsprogramm hergestellt wird. Unter dem Begriff "gemeinsames Haus Europa" wurde 1987/88 eine Politik der Öffnung in Richtung Westeuropa eingeleitet. Im Zuge dieser Kooperationspolitik gestand die sowjetische Führung nun den Regierungen der sozialistischen Staaten zu, eigenständige Lösungen für ihre politischen und ökonomischen Probleme zu suchen. Die Wege, die dabei von Polen und Ungarn eingeschlagen wurden, sprengten 1989 den Rahmen, den die Perestrojka gesetzt hatte. Die Abschottung von diesen Entwicklungen in den anderen sozialistischen Staaten verstärkte den Druck von unten, der dann zu den Revolutionen in der DDR, ČSSR, Bulgarien und Rumänien führte.

Im vorliegenden Report wird untersucht, wie die sowjetische Öffentlichkeit die dynamischen Prozesse in Mittel- und Südosteuropa rezipierte. Dabei ist festzustellen, daß die sowjetischen Reformkräfte vor 1989 den Demokratisierungsprozeß in der UdSSR im engen Zusammenhang mit dem in Polen und Ungarn sahen, sich dann aber mit dem wachsenden Widerstand gegen die Perestrojka auf die innenpolitischen Probleme konzentrierte.

Im ersten Teil des Reports werden die Zusammenhänge zwischen der sich verschärfenden Wirtschaftskrise, den sich häufenden Nationalitätenkonflikten und der Polarisierung der politischen Kräfte untersucht. Im zweiten Teil wird dargestellt, warum in dieser angespannten Situation im Frühjahr/Sommer 1989 die sowjetischen Reformkräfte nur noch mit Bangen die Zunahme der sozialen Konflikte und den Niedergang des kommunistischen Einflusses in Polen und Ungarn verfolgten. Eine Analyse der Osteuropa-Berichterstattung in den am meisten gelesenen sowjetischen Tages- und Wochenzeitungen belegt, daß vor dem Herbst 1989 krampfhaft an der führenden Rolle der Kommunisten festgehalten und der wachsende Unmut in der Bevölkerung ignoriert wurde. Erst seit den Revolutionen wird die abwartende Haltung der sowjetischen Führung gegenüber den reformunwilligen Regierungen - besonders am rumänischen Beispiel - in Frage gestellt.

An dieser Auseinandersetzung beteiligen sich nun auch einige Osteuropa-Experten, obwohl ihre Institute zuvor nur sehr zurückhaltend über die Ausdifferenzierung in den Gesellschaften Mittel- und Südosteuropas informiert hatten. Im Frühjahr/Sommer 1989 waren die meisten sowjetischen Intellektuellen damit beschäftigt, die Ursachen des stagnierenden Reformprozesses in der UdSSR zu erörtern, die sie zumeist in der langsamen Bewältigung des stalinistischen Erbes verorteten. Angesichts der Stärke der so-

wjetischen Beharrungskräfte und der Kompromißlosigkeit, mit der die neuen sozialen Bewegungen versuchten, ihre Interessen durchzusetzen, wurden auch von Reformkräften Zweifel geäußert, ob die UdSSR gleichzeitig die Modernisierung und die Demokratisierung der Gesellschaft bewältigen könne. Damit die UdSSR verglichen mit Mitteleuropa nicht noch weiter im Demokratisierungsprozeß zurückbleibt und dadurch von dem gesamteuropäischen Integrationsprozeß abgekoppelt wird, müssen von westeuropäischer Seite Schritte unternommen werden, die die Perestrojka stützen. Diese werden im Schlußkapitel dargestellt.

(Abgeschlossen Ende Februar 1990)

1. Einleitung

Innerhalb weniger Monate wurden 1989 die alten Herrschaftsstrukturen in Mittel- und Südosteuropa aufgesprengt. Im Westen machen nun die Schlagworte von dem endgültigen Scheitern des Kommunismus und der Auflösung des Ostblocks die Runde. Gleichwohl wird die Entwicklung in der UdSSR mit Mißtrauen beobachtet. Die Rüstungsprogramme der NATO wurden mit der Begründung, die Lage in Osteuropa sei äußerst instabil, bis jetzt kaum reduziert. Die sowjetischen Reformer wiederum betonen, daß die Veränderungen in den Staaten der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) trotz ihrer tiefgreifenden Folgen mit den außenpolitischen Interessen der UdSSR übereinstimmen würden. Die Politik der Perestrojka habe in diesen Staaten den Weg zu einem demokratischen Sozialismus freigemacht und damit die Grundlagen für das gemeinsame Haus Europa gelegt.

Ob die revolutionären Entwicklungen des letzten halben Jahres in dieser Form von der sowjetischen Außenpolitik antizipiert worden waren, ist fraglich. Soweit sich die recht vagen Formulierungen zur sowjetischen Europapolitik systematisieren lassen, sollte sich der Umbau des sozialistischen Systems in einem langfristigen, evolutionären - und damit auch steuerbaren - Prozeß vollziehen. Auch wenn dieser Prozeß in Mittel- und Südosteuropa viel schneller und radikaler ablief, bleibt die Frage, inwieweit die derzeitigen Veränderungen in der Region noch mit den Intentionen der sowjetischen Außenpolitik vereinbar sind oder zunehmend in einen Gegensatz geraten.

Um zu einer neuen Friedensordnung in Europa zu kommen, müssen die sowjetischen Interessen realistisch eingeschätzt werden. Dazu ist es einerseits wichtig, genau zu untersuchen, welchen Platz Osteuropa im sowjetischen Konzept des gemeinsamen Hauses Europa einnahm, das 1987/88 formuliert wurde. Zum anderen muß analysiert werden, ob und welche Veränderungen sich in der sowjetischen Haltung gegenüber Osteuropa durch die unerwarteten Entwicklungen im Jahre 1989 ergaben.

Noch Anfang der 80er Jahre definierte sich die UdSSR als Garantiemacht des gesamten sozialistischen Systems. Jegliche Abweichung vom Sozialismus sowjetischer Prägung wurde als Destabilisierung des ganzen Bündnisses begriffen und daher ohne Rücksicht auf die Folgen unterbunden: Das war 1980/81 in Polen der Fall, aber auch 1983/84 bei den Versuchen Ungarns und der DDR, eigenständige außenpolitische Initiativen zu ergreifen.

Erst der rasche Niedergang der sowjetischen Wirtschaftsmacht ließ die Reformkräfte erkennen, daß nur eine umfassende Modernisierung die Weltmachtposition der UdSSR langfristig sichern könnte. Um die Wirtschaftsre-

form zu ermöglichen, bemühten sie sich um eine Drosselung des Rüstungswettlaufs und um neue Formen der gesamteuropäischen Kooperation. Von einer Neugestaltung der Beziehungen zu ihren osteuropäischen Bündnispartnern versprach sich die neue sowjetische Führung vor allem die Beseitigung potentieller Krisenherde, die ihre Westeuropapolitik gefährden könnten. Gleichzeitig sollten auch die für die UdSSR inzwischen belastenden Austauschbeziehungen innerhalb des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) effizienter gestaltet werden. Der Hauptakzent in der Europapolitik lag bei der wirtschaftlichen Öffnung in westliche Richtung. Osteuropa hatte nur mehr eine zweitrangige Stellung - auch wenn in den außenpolitischen Reden zumeist das Gegenteil beteuert wurde.

Gerade weil es den sowjetischen Reformkräften aber bis 1989 nicht gelungen war, eine breite Unterstützung für die Perestrojka zu finden, hatte sie immer weniger Interesse, die Prozesse in Mittel- und Südosteuropa zu beschleunigen. Ungarns und Polens Versuche einer marktwirtschaftlich orientierten Reform, die 1987/88 noch als Vorbild für die UdSSR galten, wurden zunehmend distanzierter rezipiert, als sich dort abzeichnete, daß in der Übergangsphase von der Plan- zur Marktwirtschaft vermehrt soziale Spannungen auftraten und die Autorität der kommunistischen Führung dabei untergraben wurde.

In diesem Report soll aufgezeigt werden, daß eine Wechselbeziehung zwischen der stagnierenden Perestrojka und dem galoppierenden Machtverfall der kommunistischen Führungen in Mittel- und Südosteuropa bestand, auch wenn die sowjetische Öffentlichkeit diese nicht thematisierte. Im ersten Teil des Reports wird dargestellt, aus welchen Gründen der Demokratisierungsprozeß in der UdSSR im Verlauf des Jahres 1989 ständigen Bedrohungen von innen ausgesetzt war. Im zweiten Teil wird skizziert, wie sich die Schwäche der sowjetischen Reformkräfte in der Osteuropa-Berichterstattung niederschlug. Sie blieb auf die Tätigkeit der kommunistischen Parteien fixiert und ignorierte die oppositionellen Bewegungen in den Gesellschaften.

Die angespannte Situation innerhalb der UdSSR und die Sorgen angesichts der Entwicklungen in Ungarn und Polen bewirkten eine widersprüchliche Haltung der sowjetischen Führung. Bis zum Herbst 1989 versuchte sie, die Regierungen der DDR und der ČSSR, die sich den Reformkräften widersetzen, nicht aktiv zu beeinflussen, um sie dann auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung auf eine gewaltlose Lösung zu verpflichten. Daß die sowjetische Führung so entschieden einem Militäreinsatz gegen Demonstranten entgegenwirkte, erklärt sich aus ihrem primären Interesse an der Öffnung nach Westeuropa mit dem Ziel, Unterstützung bei den Modernisierungsplänen zu finden. Andere für sie durchaus beunruhigende Konsequenzen - wie etwa die Verselbständigung der deutschen Frage - wurden nun diesem Hauptziel untergeordnet.

Dies ist der Hintergrund für die konstruktive Haltung der sowjetischen Führung gegenüber den revolutionären Veränderungen in Mittel- und Südosteuropa. Diese Einstellung ist nun aber durch ein neues Problem in Frage gestellt: Es droht zunehmend die Gefahr, daß sich Westeuropa in Zukunft darauf konzentriert, Mittel- und Südosteuropa stärker an sich zu binden und sich gegenüber der UdSSR angesichts ihrer Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der Perestrojka distanziert und abwartend verhält. Warum diese Politik Westeuropas das Zustandekommen einer neuen Friedensordnung in Europa behindern würde, soll im Schlußkapitel erörtert werden.

2. Der Primat der Innenpolitik in der UdSSR

2.1. Tiflis ist näher als Warschau

Als ich im April 1989 nach Moskau fuhr, um mit sowjetischen Kollegen über mein Forschungsvorhaben zur sowjetischen Osteuropa-Politik zu sprechen, ging ich von einem engen Wechselverhältnis zwischen dem Demokratisierungsprozeß in der Sowjetunion und in ihrem "Vorhof" aus. (1) Dort angekommen, mußte ich feststellen, daß der Runde Tisch in Warschau sogar für Osteuropa-Fachleute weit weg war. Ihre ganze Aufmerksamkeit galt der zugespitzten innersowjetischen Situation. Viele meinten, die Perestrojka stünde auf der Kippe.

Die Stimmung aller Gesprächspartner war gedrückt. Die Versorgungslage war immer schlechter geworden, die täglichen Mahlzeiten erforderten stundenlanges Suchen und Schlangestehen. Laufend verschwanden irgendwelche Alltagswaren wie Seife, Waschpulver, Streichhölzer etc. aus den Geschäften, und wenn sie wieder auftauchten, ging das Hamstern los. Da die Produktion dieser Güter konstant geblieben war, wurden die Engpässe offiziell damit erklärt, daß die alten zentralistischen Verteilungsstrukturen durch die Umstellung der Betriebe auf selbständige Rechnungsführung durchbrochen worden seien und die neuen Strukturen noch nicht klappten. Die Menschen in den Schlangen sahen dies aber eher als bewußte Sabotage durch die Bürokratie, die damit den Sturz Gorbačevs herbeiführen wolle.

Das wichtigste Indiz dafür, daß Gorbačevs Macht erneut wackelte, wurde in den offenen Angriffen auf den Demokratisierungsprozeß gesehen, die den "drei Wochen Stagnation" vom Frühjahr 1988 erstaunlich glichen. Damals war während Gorbačevs Jugoslawienreise jener ominöse Leserbrief der Nina Andreeva erschienen, in dem sie der Entstalinisierung den Kampf ansagte. Er war nicht nur im "Neuen Deutschland" in Großaufmachung nachgedruckt worden, sondern zirkulierte bereits als "Schulungsmaterial" im Parteiapparat. Erst nachdem die "Pravda" eine Entgegnung formulierte, wurden auch andere Kritiken veröffentlicht. (2)

Diesmal war in Gorbačevs Abwesenheit in einer Nacht-und-Nebel-Aktion - ohne Beratung mit den Experten oder gar öffentlicher Diskussion - ein wichtiges Dekret erlassen worden. Am 8. April, kurz vor Ablauf seiner Amtsperiode, verfügte das Präsidium des Obersten Sowjet Änderungen des Gesetzes "Über die strafrechtliche Verantwortung für Staatsverbrechen."

Statt jenen berüchtigten Artikel über "Propaganda zur Untergrabung der Staatsmacht", der jahrelang zur Verfolgung von Andersdenkenden gedient hatte, restlos zu streichen, wurde er nun ergänzt. Kritische Ansichten sollten zwar nicht mehr strafbar sein, dafür aber alle "öffentlichen Aufrufe zum Sturz der Staats- und Gesellschaftsordnung". Die informellen politischen Gruppen, die besonders während der Wahlkampagne im März viel Auftrieb bekommen hatten, sahen darin eine direkt gegen sie gerichtete Maßnahme. Diesen Eindruck bestärkte auch noch ein neugefaßter Artikel, der die öffentliche Beleidigung oder Diskreditierung der obersten Machtorgane, Verwaltungsinstanzen und ihrer Funktionsträger unter Strafandrohung stellte. (3)

Da es in der Nacht unmittelbar nach der Verabschiedung dieses Dekretes am 9. April zu dem blutigen Militäreinsatz gegen die Teilnehmer einer Kundgebung in Tiflis kam, begriffen es viele als Signal für einen Putsch der konservativen Kräfte. Dieser Eindruck wurde erhärtet durch die strenge Zensur in der Berichterstattung über die georgische Katastrophe, bei der neunzehn Menschen - vorwiegend Frauen - getötet worden waren. In den sowjetischen Medien schob man alle Schuld auf die "Extremisten", die mit ihrem Hungerstreik den Austritt Georgiens aus dem Sowjetverband hätten erzwingen wollen. (4)

2.2. Glasnost wird wieder hergestellt

Als mir Mitte April meine Gesprächspartner aus den informellen Gruppen Moskaus von der Wahlkampagne im März erzählten und Videos von den Kundgebungen zeigten, schien dieser demokratische Aufbruch bereits Geschichte zu sein. Weil zu diesem Zeitpunkt unklar war, wie das neuerlassene Dekret über Staatsverbrechen angewandt würde, verzichteten die Informellen auf öffentliche Auftritte.

Das Schweigen wurde von der radikalsten Gruppe der Informellen, der Demokratischen Union, durchbrochen. (5) Sie kündigte Ende April eine Kundgebung über Tiflis und das Dekret an. Obwohl ein Verbot ausgesprochen worden war, versammelten sich einige hundert Leute auf dem zentral gelegenen Puškin-Platz. Der Platz wurde daraufhin weiträumig von Polizei und Truppen des Innenministeriums abgesperrt, die jedoch nicht bewaffnet wa-

ren. Teilweise diskutierten sie sogar mit den verärgerten Passanten, die recht ungeniert schimpften "und so etwas nennt sich Perestrojka!" Besonders einige Jugendliche versuchten, mit dem Kampfesgeschrei: "Gestapo, Gestapo" die Absperrungen zu durchbrechen, worauf die Polizei kurz ihre Gummiknüppel einsetzte. Als einige Mitglieder der Demokratischen Union Flugblätter verteilten und eine Trikolore aus der Zeit der Provisorischen Regierung schwenkten, wurden sie festgenommen.

Diesen 49 Verhafteten wurde zwar ein Prozeß in Aussicht gestellt, doch sie kamen aus der Untersuchungshaft bald frei. Danach begannen auch andere Gruppen wieder, öffentlich aufzutreten. So demonstrierten am 1. Mai die Mitglieder der "Memorial"-Gesellschaft, die sich für die Aufarbeitung des Stalinismus einsetzen, mit eigenen Losungen auf dem Roten Platz. Einige Tage später fand in einer zentralen Parkanlage der "Glasnost'-Tag" statt. Den informellen Gruppen und Reformzeitungen war erlaubt worden, öffentlich über ihre Arbeit und Ziele zu informieren. Hier konnte man auch Flugschriften erwerben wie etwa Solženicyns noch sehr aktuellen Aufruf von 1974: "Nicht nach der Lüge leben". (6) Von "Memorial" wurden Fotos der erschlagenen Opfer aus Tiflis gezeigt. Ein Journalist des Reformblattes "Ogonek" berichtete über seine Recherchen in Tiflis, die er nicht publizieren konnte.

Das Eis war gebrochen. Während in den Medien noch immer das Bild von den Provokationen diverser "Extremisten" dominierte, begann sich langsam wieder die Gegenöffentlichkeit zu entfalten. So kündigte etwa das Georgische Kulturzentrum auf einem kleinen Zettel einen Videofilm vom 9. April an. In dem überfüllten Saal wurden Amateuraufnahmen der Kundgebung von über 10.000 Teilnehmern gezeigt, die mit Panzern und Schützenpanzerfahrzeugen überfallen worden waren. Die für mich schockierendsten Bilder waren jene Szenen, in denen Militärangehörige sich mit Schutzschildern gegen Ambulanzen stemmten, die die Verwundeten abtransportieren wollten. Eine entscheidende Wende zugunsten der Fortsetzung der Perestrojka brachte aber erst der Kongreß der Volksdeputierten, der Ende Mai begann.

2.3. Konfrontation der Reformkräfte und Konservativen beim Kongreß

Durch die Konstitution des Kongresses der Volksdeputierten wurde erstmalig in der Geschichte der UdSSR der Versuch unternommen, den Parteiinstanzen einen Teil der Entscheidungskompetenzen zu entziehen und diese in parlamentarische Strukturen einzubinden. Eine weitere Neuerung war die Anwesenheit radikaler Kräfte im Kongreß, die sich im Wahlkampf gegen die Kandidaten des Apparates behauptet hatten. Sie setzten durch, daß das Fernsehen die Sitzungen des Kongresses vollständig übertrug. Tagelang wurde überall in der UdSSR kaum gearbeitet und diese Übertragung bestaunt.

Entscheidend für das geistige Klima des Kongresses war, daß Tiflis als Beispiel für die Gefahr eines Erstickens des Demokratisierungsprozesses offen thematisiert wurde. Noch bevor die Tagesordnung feststand, war ein baltischer Deputierter ans Mikrophon gestürzt und hatte eine Schweigeminute für die unschuldigen Opfer verlangt. Danach verwiesen die radikalen Deputierten aus Moskau, dem Baltikum, Weißrußland und Moldawien darauf, daß ein solcher Ausgang auch bei ihren Kundgebungen vorstellbar sei und verlangten daher die Aufhebung des neuerlassenen Dekrets. Die Abstimmung über diese Forderung machte klar, daß die Konservativen eindeutig von der Mehrheit der Deputierten, die sich zuvor noch nicht festgelegt hatten, unterstützt wurden. Da aber trotzdem etwa neunhundert Deputierte für eine Änderung des Dekretes gestimmt hatten, wurde zumindest jener Artikel, der die Diskreditierung von Amtspersonen und Staatsorganen unter Strafe stellte, gestrichen. (7) Schließlich wurde den radikalen Deputierten auch zugebilligt, sich während des Kongresses zu öffentlichen Aussprachen mit ihren Wählern zu treffen. Da über Tiflis aufgrund der widersprüchlichen Darstellungen der georgischen Parteiführer, der Moskauer Politbüromitglieder und des einsatzleitenden Generals keine Aufklärung über die Entscheidungsträger möglich war, verwies der Kongreß die Untersuchung an eine neugebildete Kommission. Sie sollte Zugang zu allen Unterlagen des Politbüros, des KGB und des Militärbezirks erhalten.

Die Deputierten des radikalen Reformflügels schlugen vor, die Kommission solle auch Vorschläge ausarbeiten, wie in Zukunft durch parlamentarische Kontrolle Militäreinsätze gegen Zivilpersonen zu verhindern seien. Doch als darüber noch diskutiert wurde, brach im usbekischen Ferganatal jener Pogrom gegen die Minderheit der Mescheten aus, bei dem es über hundert Tote und zahlreiche Verwundete gab. Da die lokalen Behörden die Mescheten nicht schützen konnten oder wollten, wurden die eingeflogenen Truppen des Innenministeriums zu Helfern in der Not. Die bedrohten Familien wurden zu Tausenden auf Kasernen-Gelände zusammengefaßt und später nach Rußland ausgeflogen.

Durch diesen Konflikt - der laut Ministerpräsident Ryžkov mit Unterstützung der lokalen Partei- und Verwaltungsfunktionäre inszeniert worden war, um der Perestrojka zu schaden - wurde deutlich, daß der Ermessensspielraum des Innenministeriums beim Einsatz der Sondertruppe in einer angespannten Situation nicht allzusehr eingeengt werden kann. Der Konflikt zeigte auch, welche Sprengkraft in einer Phase der Machtumverteilung nationale Probleme und der soziale Differenzierungsprozeß entfalten können.

Für die sich überall abzeichnende Krise boten die Vertreter der zentralen Verwaltungsinstanzen und Machtapparate - unterstützt von Funktionären aus den mittelasiatischen Republiken - nur die alten Rezepte an: der De-

stabilisierung durch "Extremisten" müsse mit harter Hand begegnet werden, dann werde schon wieder Ruhe einkehren. "Extremisten" waren für sie vor allem auch die radikalen Deputierten im Kongreß selbst. Besonders heftig wurden sie von Červonopiskij, einem Afghanistan-Heimkehrer angegriffen. Er bezichtigte Andrej Sacharov, der auf die unzähligen Opfer des Afghanistan-Krieges hingewiesen hatte, einer Beleidigung der Sowjetarmee. Gleichzeitig griff er den "nationalen Egoismus" der Balten an. Seine Brandrede endete mit einem Hoch auf die (Groß-)Macht, das Vaterland und den Kommunismus, worauf er von der konservativen Mehrheit des Kongresses stürmischen Beifall erhielt. (8) Gorbačev schloß sich nach einigem Zögern diesen Ovationen an. Die Deputierten der Moskauer Gruppe, aus dem Baltikum und einige andere blieben demonstrativ sitzen. Diese kennzeichnende Szene zeigte die Grenzen von Gorbačevs Vermittlungsfähigkeit in einer Konfrontation zwischen dem radikalen und konservativen Parteiflügel. Immerhin gelang es ihm dank seiner Autorität, in dieser gespannten Situation die Debatte abubrechen.

2.4. Ansätze für eine demokratische Teilhabe der Bürger

Bereits die Wahlen zum Kongreß im Frühjahr 1989 hatten deutlich gemacht, daß es in den städtischen Zentren eine breite Mehrheit gibt, die Konzepte zum Machtabbau des Parteiapparats unterstützt. Mit solchen Forderungen konnte Boris Jelcin 89 % der Stimmen in seinem Moskauer Wahlbezirk erringen. Während des Kongresses befanden sich die Deputierten, die diese Position vertraten, aufgrund der undemokratischen Form der Wahlen in vielen Landesteilen und Organisationen jedoch in einer Minderheitenposition. Deshalb war es für sie von zentraler Bedeutung, sich der Unterstützung durch ihre Wähler rückzuversichern und ihnen die getroffenen Entscheidungen zur Abstimmung vorzulegen. In Moskau wurde bei den fast allabendlichen Versammlungen, die die informellen Gruppen "Memorial", "Moskauer Volksfront", "Demokratische Perestrojka" etc. organisierten, das Auftreten der konservativen Deputierten beim Kongreß heftig kritisiert. Besonders nach der Attacke auf Sacharov brachten die Leute selbstgebastelte Transparente mit so bezeichnenden Aufschriften wie "Sacharov ist der Stolz und das Gewissen des Landes" mit und unterschrieben massenhaft eine Solidaritätserklärung mit voller Adressenangabe. Vor über hunderttausend Teilnehmern trug Sacharov seinen Beitrag vor, bei dessen Verlesung er im Kongreß von Gorbačev unterbrochen worden war. Hier fanden seine Forderungen, den Artikel über die führende Rolle der Partei aus der Verfassung zu streichen und alle Verwaltungs- sowie Machtorgane einer Kontrolle durch die Sowjets und den Kongreß unterzuordnen, allgemeine Zustimmung. (9)

Die bei den Versammlungen erörterten Zielvorstellungen fanden Eingang in die Plattform der oppositionellen "Interregionalen Gruppe", die sich Ende Juli konstituierte. Sie strebt eine Umverlagerung der Entscheidungskompetenzen des Parteiapparates auf den Volksdeputiertenkongreß und die neu-strukturierten Sowjets an. Außerdem wird die volle Souveränität der Republiken, die Dezentralisierung der Wirtschaft, Selbstverwaltung der Betriebe durch die Arbeitskollektive, eine umfassende Reform der Rechtsorgane und der Sozialfürsorge gefordert. (10) Ob dieses Programm in die Praxis umgesetzt werden kann, wird davon abhängen, ob es der Gruppe gelingt, im Kongreß für die nötigen Gesetzesänderungen Mehrheiten zu erringen. Ihr alternatives Programm unterstützten im Dezember 1989 lediglich 250 der 2.250 Deputierten. Eine entscheidende Veränderung wird nur möglich sein, wenn es der Opposition gelingt, die Bevölkerung nicht nur punktuell für Protestveranstaltungen zu mobilisieren, sondern sie für eine alltägliche Partizipation an Entscheidungen zu aktivieren.

Diesem Ziel dient vor allem die Institutionalisierung von Wählerinitiativen. Sie sollen dafür sorgen, daß bei den Wahlen zu den lokalen und regionalen Sowjets fähige Kandidaten aufgestellt werden. Wie wichtig dies zur Entlastung der Kongreßdeputierten ist, konnte ich bei einem Treffen des bekannten Reformökonom Oleg Bogomolov mit seinen Wählern aus einem Moskauer Neubaubezirk feststellen. Die etwa fünfhundert Anwesenden verlangten von Bogomolov, er solle sich in regelmäßigen Sprechstunden ihrer Anliegen annehmen. Diese reichten von der ungerechten Verteilung der neugebauten Wohnungen, den moralschädigenden Bierständen entlang des Schulwegs bis zu den Engpässen im Krankenhaus. Als Bogomolov seine Wähler mit diesen Problemen an die anwesenden Sowjetvertreter verwies, wurde ihm entgegnet, daß ja gerade diese Leute für die Mißstände verantwortlich seien und jahrelang nicht auf Eingaben reagiert hätten. Außer gegen das "Bürokratenpack" richtete sich der Volkszorn auch noch gegen die "Spekulanten" aus den neuzugelassenen Kooperativen. Bogomolov versuchte zwar zu erläutern, daß durch die Entstehung einer Konkurrenz neben den staatlichen Geschäften und Betrieben sich langfristig das Warenangebot verbessern und vergrößern lasse. Doch für seine Wähler waren die hohen Preise eine Herausforderung, und gerade die alten Leute klagten, daß sie angesichts ihrer dürftigen Renten und der zunehmenden Teuerung nicht wüßten, wie sie überleben sollten. Eine Gruppe junger Leute, die sich auch als Wahlhelfer bei Bogomolov betätigt hatte, appellierte an die Unzufriedenen, alles aufzuschreiben, damit die Beschwerden gesammelt und geordnet an Bogomolov weitergeleitet werden könnten.

Die Wählervereinigungen haben zumindest in Moskau inzwischen festere Strukturen bekommen. Sie waren es, die am Jahrestag der Oktoberrevolution eine geordnete Gegendemonstration mit etwa 10.000 Teilnehmern organi-

sierten. (11) Solchen Wählervereinigungen und den informellen Gruppen kommt auch in den nächsten Monaten entscheidende Bedeutung zu, wenn die Wahlen der lokalen und regionalen Sowjets stattfinden. Zunächst war von diesen Wahlen nach Beendigung des Volksdeputiertenkongresses kaum mehr die Rede. Denn dem alten Machtapparat aus Parteikadern und Bürokraten drohen neue empfindliche Niederlagen.

Doch die Bergarbeiter, die ermutigt durch den Kongreß im Juli 1989 in Streik traten, um auf die schlechte Versorgung und unzumutbare Arbeitsbedingungen hinzuweisen, forderten diese Wahlen zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Da der Spielraum bei materiellen Zugeständnissen angesichts der katastrophalen Lage im ganzen Land eng war, wurde ihnen die Durchführung der Wahlen für die örtlichen und Republik-Sowjets für Anfang 1990 zugesichert. Weil diese Wahlen für den Fortbestand der Parteivorherrschaft von zentraler Bedeutung sind, nahmen jedoch die Versuche der Konservativen zu, die Wahlmodalitäten zu manipulieren. Sie wollten die Arbeiter dafür gewinnen, sich statt allgemeiner Wahlen mit mehreren Kandidaten nach dem Wahlkreisprinzip auf Absprachen von Kontingenten in den Betrieben einzulassen. Sie fanden damit nur wenig Resonanz. Der Oberste Sowjet entschied im Oktober gegen eine Nominierung durch "gesellschaftliche Gruppen" und durchbrach damit das bisherige Nomenklatura-System.

2.5. Die Ideologien der Konservativen

Gerade in den Monaten nach den Juli-Streiks haben die Konservativen ihre Agitation unter den unzufriedenen Arbeitern verstärkt. Eine neugegründete "Vereinigte Arbeiterfront" behauptet, bei den Wahlen zum Volkskongreß im März seien die Arbeiterklasse und die werktätige Intelligenz durch "Freiberufliche" verdrängt worden. Damit macht sie Stimmung gegen die kritische Intelligenz sowie die Vertreter von Kooperativen. Gemeinsam mit dem ebenfalls neuentstandenen "Vereinigten Rat Rußlands" wird für eine Rückkehr zu den sozialistischen Idealen und Werten aufgerufen, die durch die Perestrojka gefährdet seien. Nicht nur daß die Volksmacht durch Parlamentarismus ersetzt werden solle, die Selbstverwaltung der Betriebe werde das Land in kleine Happen aufteilen, die der internationale Imperialismus besser verschlucken könne. Der bekannteste Agitator der neostalinistischen Strömung ist Richard Kosolapov, der wesentlich an der Beendigung des "Tauwetters" in den 60er Jahren beteiligt war und zwischen 1976 und 1986 das theoretische Parteiorgan "Kommunist" geleitet hatte. (12)

Verschwörungstheorien erscheinen nun auch in den offiziellen Staatsverlagen. So brachte der Moskauer Progress-Verlag 1989 das Buch von Lolly Zamoiskij "Hinter der Fassade des Freimaurer-Tempels" heraus, in dem

unter Vermeidung einer offenen Auseinandersetzung versucht wird, der neuen Stalinismuskritik entgegenzuhalten. Darin ist nicht die Rede von den Fehleinschätzungen der Kommunistischen Internationale oder gar der gewaltsamen Aufzwingung des sowjetischen Modells in Osteuropa. Den Machtaufstieg Hitlers erklärt Zamoiskij mit der Unterstützung durch die Thule-Gesellschaft, die angeblich von Freimaurern gesteuert worden war. Die Spaltung Europas sei Folge der Wühlarbeit so prominenter Freimaurer wie Truman und Marshall, die mit der Wirtschaftshilfe einige westliche Länder wie die BRD unter ihren Einfluß gebracht und sie sogar in ein Bündnis gegen ihre "Befreier" eingebunden hätten. Die Freimaurer seien ein Geheimbund der internationalen Bourgeoisie, der heute mittels der NATO und der CIA seine Macht behauptet und sich auf die Endschlacht für die Welt-herrschaft vorbereite. (13)

Unter dem pseudo-wissenschaftlichen Mäntelchen findet man darin alle ideologischen Feindbilder, die die Organisation "Pamjat" schon länger propagiert. Nur setzt "Pamjat" offen die Freimaurer und Juden gleich und führt als Beleg ungeniert jenes Machwerk der "Protokolle der Weisen von Zion" an, dessen sich bereits die zaristischen Antisemiten wie später die Nationalsozialisten bedient hatten. (14) "Pamjat" hat nicht nur in der Bürokratie - besonders in Leningrad - mächtige Unterstützer, sondern auch unter sehr bekannten Schriftstellern wie Valentin Rasputin, Vasilij Belov u.a. Letztere gewannen in der Brežnev-Ära viele Anhänger, als sie die Zerstörung der Dörfer und der Natur thematisierten. Heute sehen sie die größten Gefahren im Ausverkauf der sowjetischen Naturschätze an die Imperialisten. Sie polemisieren gegen westliche Kredite und die geplanten freien Wirtschaftszonen, in denen sich ausländische Firmen ansiedeln sollen. Statt der Verschuldung bei ausländischen Bankiers sollten nur die Produktionen gefördert werden, die den nationalen Traditionen entsprechen und ansonsten ein strenges Sparregime herrschen. Ihr wichtigstes Anliegen ist die russische Kultur, die sie bedroht sehen, weil das Fernsehen die Jugend mit westlicher Massenkultur - besonders Rockmusik - verderbe. In seiner Rede vor dem Obersten Sowjet sah Belov eine Benachteiligung der Russen darin, daß nach dem Pogrom im Ferganatal die türkischen Mescheten ins Smolensker Gebiet gebracht worden waren. Wenn die dortigen leeren Dörfer besiedelt werden sollten, dann sei die slawische Bevölkerung - etwa aus den durch Černobyl beeinträchtigten Regionen Weißrußlands und der Ukraine - zu bevorzugen. (15)

Meine Kontakte zu Vertretern der konservativen Strömung waren sehr begrenzt. An einem Sommermorgen saß mir im Hotelcafe ein etwa Sechzigjähriger mit einem Abzeichen der 100-Jahr-Feier der Christianisierung Kievs gegenüber. Dies stellte sich als Gesinnungssignal heraus, denn er arbeitete bei den erzkonservativen Kulturzeitschriften "Naš Sovremenik" und "Molo-

daja Gvardija" mit. Er war aktives Parteimitglied, Kriegsteilnehmer und bis zu seiner Pensionierung als Offizier in der DDR stationiert gewesen. Beim nächsten Treffen klärte er mich darüber auf, daß die ganze Perestrojka durch die Juden und Freimaurer von jenseits des Ozeans gesteuert sei. Sie hätten es geschafft, Gorbačev mit ihren Leuten zu umgeben: So sei der eben gewählte Vorsitzende des Obersten Sowjet Primakov Jude ebenso wie Nišanov vom Nationalitätensowjet. Die Juden seien auch beim Fernsehen besonders einflußreich und würden mit ihren Rock- und Sex-Sendungen die Wachsamkeit der Jugend untergraben. Die Russen könnten sich nur befreien, indem sie die Juden ausmerzten. An diesem Punkt angekommen, brach ich die Unterhaltung ab.

In öffentlicher Aktion erlebte ich Vertreter dieser Strömung zweimal. Als die antistalinistische "Memorial"-Gesellschaft im Juni ein Seminar über die Verfolgung der Religion abhielt, traten auch Leute auf, die behaupteten, daß die meisten Kirchen von dem Juden Kaganovič zerstört worden seien. Die Veranstalter wiesen aber mit dokumentarischen Belegen darauf hin, daß in der zuständigen Kommission auch mehrere waschechte Russen gewesen seien. Ein anderes Mal ging ich zu einer Kundgebung der "Russischen Volksfront", die ihre Werbezettel mit einer Fahne aus der Zarenzeit schmückte. Die Reden waren sehr heterogen: Ein hochrangiger Militär warb für den Patriotismus, ein Afghanistan-Heimkehrer wollte die Jugend organisieren, und ein Universitätsangestellter verurteilte den Marxismus als "fremde" - sprich jüdische - Lehre, die den Russen Unglück bringen mußte. Diskussionsbeiträge der etwa dreihundert Versammelten wurden autoritär abgewürgt, so daß nicht festzustellen war, welche Probleme sie bedrückten.

Im Sommer 1989 hatten die konservativen Kräfte zumindest in Moskau noch geringen Einfluß. Zu ihren Meetings kamen nur einige hundert Menschen, während gleichzeitig bei denen der radikaldemokratischen Gruppen es immer mehrere tausend waren. Durch die Zuspitzung der Wirtschaftskrise und die politische Polarisierung im Vorfeld der anstehenden Sowjet-Wahlen scheint ihr Einfluß zu wachsen. Bei der breiten Unzufriedenheit in der Bevölkerung ist es leicht, Emotionen mit zwielichtigen Feindbildern zu mobilisieren. Während bei den Anhängern der Radikaldemokraten im Sommer noch die Bürokratie an allem Elend schuld war und die Kooperativen nur ein zweitrangiges Übel, scheint es inzwischen den Konservativen gelungen zu sein, die Rangordnung umzudrehen. Die Gewerkschaften, deren Versagen durch die Streiks der Bergarbeiter offensichtlich geworden war, gingen in die Offensive. Sie organisierten zusammen mit der "Vereinigten Arbeiterfront" Demonstrationen gegen die Kooperativen, als der Oberste Sowjet über deren Besteuerung beriet. Da bei den Kooperativen teilweise Kaukasier besonders aktiv sind und das organisierte Verbrechen über Erpressungsgelder mit von der Partie ist, wird mit der Kritik an diesen Erscheinungen gleichzeitig Fremdenhaß und der Ruf nach polizeistaatlicher Sicherheit verbreitet. (16)

Alle die verschwommenen Vorstellungen der verschiedenen Strömungen der Konservativen fanden Eingang in ein Programm für die Sowjetwahlen, das Ende Dezember von dem Abgeordnetenklub "Rossija", neun Kulturorganisationen und einem Umweltschutz-Komitee verabschiedet wurde. Sie sehen das Vaterland in Gefahr, weil die "linken Radikalen" und "Separatisten" die politische und ökonomische Unabhängigkeit sowie die kulturelle Eigenständigkeit aufs Spiel setzen würden. An den konkreten Forderungen wird aber klar, daß sich ihr Angriff auch gegen das gesamte Reformprogramm von Gorbachevs Beratern richtet. Die geplanten freien Wirtschaftszonen sind für die Konservativen ein Ausverkauf russischer Naturschätze durch Gruppen der Mafia und Politikaster (gemeint sind die Deputierten des Obersten Sowjet). Kein Parlament habe das Recht, die Entscheidung des Volkes für das gesellschaftliche Eigentum aus dem Jahre 1917 rückgängig zu machen. Als Stützen ihres Programms der gesellschaftlichen "Konsolidierung" sehen sie die Kommunistische Partei und die Armee.

Angesichts der amerikanischen Rüstungsprogramme sei es naiv, einen Abbau der militärischen Potentiale auf die "vernünftige Hinlänglichkeit" anzustreben. Wenn die Sowjetunion weiterhin Weltmacht bleiben wolle, müsse die militärisch-patriotische Erziehung der Jugend gefördert und die Propaganda der Amoralität und des Individualismus im Fernsehen unterbunden werden. Die Frauen will man von ihrer unfreiwilligen Emanzipation befreien und in den Schoß der Familie zurückführen. Ansonsten wird den russischen Bevölkerungsgruppen in den Republiken Unterstützung zugesichert. Auch einige ökologische Programmpunkte - wie die Stilllegung der Atomkraftwerke und die Einführung sanfter Technologien - fanden Eingang. (17) Gerade anhand der ökologischen Forderungen läßt sich aber leicht nachweisen, daß sie durch die im Programm angegebene Orientierung nicht zu verwirklichen sind. Denn bei dem hohen Energiebedarf der veralteten Ausrüstungen der sowjetischen Industrie und Landwirtschaft können Atomkraftwerke erst stillgelegt werden, wenn die Modernisierung durchgeführt worden ist. "Sanfte" Technologien kann die UdSSR derzeit aus eigener Kraft nicht herstellen.

In der scharfen Ablehnung der Öffnung der UdSSR nach Europa gibt es Parallelen zwischen den russischen Konservativen und den Volksfronten in den mittelasiatischen Republiken. So etwa lehnte ein Sprecher der aserbaid-schanischen Volksfront explizit die Idee des "gemeinsamen Hauses Europa" ab und prophezeite bei ihrer Verwirklichung die Abspaltung der islamischen Völker der UdSSR. (18) Dagegen streben die Volksfronten in den baltischen Republiken eine radikalere Westöffnung und Modernisierung als die von Gorbachev an. Ein Austritt der Balten aus der UdSSR würde den konservativen Kräften Rußlands und Fundamentalisten Mittelasiens zu einem größeren Einfluß verhelfen.

3. Osteuropa von Moskau aus gesehen

Die gesamteuropäisch orientierte Vision Gorbachevs kann nur dann Gestalt annehmen, wenn sich der Demokratisierungsprozeß in der UdSSR durchsetzt und damit den verschiedenen konservativen Strömungen der Boden entzogen wird. Noch ist offen, ob es der radikal-demokratischen Strömung gelingt, die bei öffentlichen Versammlungen mobilisierten Leute in Arbeitsstrukturen einzubinden, die vor Ort eine Beseitigung der vielen Mißstände ermöglichen. Die vielen informellen Gruppen, Wählerinitiativen und Streikkomitees, die bisher aber nur toleriert werden und keineswegs in einem juristisch abgesicherten Raum agieren, sind Ansätze für eine "Bürgergesellschaft" (Civil Society). Eine Bestärkung für diese Ansätze ist die aufgrund günstigerer historischer Vorbedingungen und langwieriger Kämpfe geschaffene Gegenöffentlichkeit in einigen mitteleuropäischen Ländern. Die Möglichkeit einer Übertragung ihrer Erfahrungen wurde im Verlauf des Jahres 1989 nur an den politischen Polen der sowjetischen Gesellschaft registriert.

Einerseits warnten konservative Kräfte - wie etwa die Leningrader Dozentin Nina Andreeva - vor den antisozialistischen Kräften, die "im Herzen der Perestrojka einen Prozeß ähnlich der Ereignisse 1956 in Ungarn und 1968 in der ČSSR entfachen" wollten. Andererseits wurden in den informellen Gruppen der Radikal-Demokraten eifrig die Organisationsformen der tschechoslowakischen und polnischen Opposition studiert. Die Gruppe "Demokratische Perestrojka" veranstaltete ein Seminar über die Ziele und Folgen des Prager Frühlings. Andrej Fadin beschrieb im Frühjahr 1989 die vielfältigen organisatorischen, kulturellen und sozialen Strukturen Polens als die wichtigste Voraussetzung für eine friedliche Beseitigung des Poststalinismus. Während dort die Individuen niemals vereinzelt dem Leviathan gegenüberstanden, sei die Gesellschaft in der Sowjetunion atomisiert. So hätte es in Polen Kräfte gegeben, die unterschiedliche gesellschaftliche Interessen beim Runden Tisch einbringen konnten. Dagegen lebe die überwiegende Mehrheit der sowjetischen Bevölkerung noch in einer politischen Wüste. In den meisten sozialen und nationalen Konflikten fehlten die Kräfte, die friedliche Konfliktformen durchsetzen und gegen Pogrome auftreten könnten. (19) Solche Artikel sind die ersten Boten eines neuen Politikverständnisses.

Versuche, die osteuropäischen Entwicklungen als Anschauungsmaterial für eigenständige Organisationsansätze in der sowjetischen Gesellschaft zu gebrauchen, waren im Verlauf des Jahres 1989 in den sowjetischen Tages- und Wochenzeitungen nur sehr selten anzutreffen.

3.1. Das Osteuropa-Bild der sowjetischen Medien

Im Frühjahr 1989 war in Polen und Ungarn ein dynamischer Demokratisierungsprozeß in Gang gekommen, der bereits weit über die Zielvorstellungen

der Perestrojka hinausging. Dagegen wurde in der ČSSR und Bulgarien bis zum Herbst 1989 nur von ökonomischen Reformen gesprochen und in der Praxis wenig getan. Rumänien und verdeckt auch die DDR widersetzten sich sogar allen Versuchen, den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe zu entbürokratisieren und marktwirtschaftliche Elemente einzuführen.

Dieser Prozeß der Ausdifferenzierung der "sozialistischen Gemeinschaft" war durch die Abkehr der sowjetischen Staats- und Parteiführung von der Einmischungspolitik möglich geworden. Eine systematische Auswertung der Osteuropa-Berichterstattung in der sowjetischen Presse sollte darüber Aufschluß geben, ob die Veränderungen in der offiziellen sowjetischen Außenpolitik im gesellschaftlichen Diskurs gebilligt und ob die radikaleren Demokratisierungsprozesse in Osteuropa als Vorbilder für die Perestrojka gesehen werden. Ich wählte dafür vor allem die am meisten gelesenen Tages- und Wochenzeitungen "Pravda", "Izvestija", "Sovetskaja Rossija", "Argumenty i fakty" und "Moskovskie novosti" aus, die nicht nur für den politisch interessierten Sowjetbürger, sondern auch für die Deputierten des Obersten Sowjet die entscheidenden Informationsquellen sein dürften. (20) Insgesamt nahm die Osteuropa-Berichterstattung in diesen Organen etwas mehr Raum als die über die westliche Welt ein. Doch der Blickwinkel war bei den Osteuropathemen stärker von den innersowjetischen Problemen beeinflusst.

Eindeutig läßt sich feststellen, daß jene Stimmen, die die Entwicklungen in Polen und Ungarn noch 1987 als Gefährdung des Sozialismus und der Sowjetunion wahrnahmen, inzwischen verstummt sind. Zwar wurde in der konservativen "Sovetskaja Rossija" und gelegentlich auch in der "Pravda" empört über Attacken auf die Sowjettruppen in Polen durch die "pseudopazifistische" Gruppe "Freiheit und Frieden" und den nichtlegalisierten Studentenverband NSZZ berichtet. Doch die "Exzesse" der "Hooligans" standen nicht mehr wie früher im Vordergrund, weil gleichzeitig immer auf den "realistischen, konstruktiven" Flügel der Opposition verwiesen wurde. (21)

Im Falle Ungarns monierte die Regierungsagentur TASS es als eine "Beleidigung", daß bei dem feierlichen Begräbnis der vier nach einem Schauprozeß 1958 hingerichteten ungarischen Politiker der Abzug der sowjetischen Okkupanten gefordert worden war. (22) Zumeist unterstrich man aber das gemeinsame Bestreben aller Mitglieder der Warschauer Vertragsorganisation, den Abrüstungsprozeß zu beschleunigen, wobei man die einseitige Truppenreduzierung der UdSSR entsprechend herausstellte. Die Reise des amerikanischen Präsidenten nach Ungarn und Polen wurde großteils als Ausdruck des entspannten Ost-West-Verhältnisses gewertet. Nur der als Scharfmacher bekannte "Pravda"-Kommentator Žukov sah darin noch einen Destabilisierungsversuch, weil Bush "offen die Beziehungen zu den sozialistischen Staaten ideologisiere." (23)

Bei der Berichterstattung über die innenpolitischen Entwicklungen in den Ländern der "sozialistischen Gemeinschaft" ist das Bemühen um neutrale Darstellungen offensichtlich. Nur selten tauchen Bewertungen auf. Doch aus der zahlenmäßigen Verteilung der Artikel lassen sich - zumindest vom Frühjahr bis Herbst 1989 - eindeutige Vorlieben der Journalisten feststellen. Die meisten Artikel beschäftigten sich mit den Reformländern Polen und Ungarn. Die Berichte über die DDR, ČSSR und Bulgarien hatten sporadischen und unsystematischen Charakter. Am seltensten war das reformfeindliche Rumänien in der Presse vertreten.

Im Vordergrund der Berichterstattung über Polen stand eindeutig die politische Entwicklung. Die sozialen und wirtschaftlichen Probleme, die die innere Dynamik bewirkten, wurden zumeist nur gestreift. Auffällig war, daß die Kommunisten als die führende Kraft erschienen, die eine umfassende Reform eifrig vorantrieben. Durch diese verkürzte Sichtweise dürfte für die sowjetischen Leser die vernichtende Wahlniederlage der Kommunisten im Juni völlig überraschend gewesen sein. Denn noch im Februar waren die optimistischen Einschätzungen der staatlichen Meinungsforschung aus Polen übernommen worden, wonach das Konzept von Innenminister Kiszczak mit 39,8 % und Walesa mit 47,9 % der Stimmen rechnen könne. (24)

Mit einiger Verzögerung wurde dann bekanntgegeben, daß bei der freien Wahl zum Senat fast alle Sitze (99 von 100) an die Solidarność-Kandidaten gefallen waren. Die sowjetischen Medien erklärten dieses Ergebnis mit der geringen Wahlbeteiligung, der Aggressivität von Solidarność im Wahlkampf und der amerikanischen Unterstützung für sie. Teilweise wies man aber auch auf die Apathie der kommunistischen Funktionäre hin, die sich an die Alleinherrschaft gewöhnt hatten. Aufgrund des Wahlergebnisses sprach man sich für eine Regierungsbeteiligung von Solidarność aus, wobei im Sommer noch von der kommunistischen Führungsrolle ausgegangen wurde. (25) Da zuvor nicht über die tiefe Systemkrise, in der sich Polen seit Jahren befindet, berichtet worden war, kam im Herbst die Bildung einer nichtkommunistischen Regierung für sowjetische Zeitungsleser ganz unvorbereitet.

Während in der Zeit der kommunistischen Regierungsverantwortung nur von wirtschaftlichen Problemen die Rede war, die hauptsächlich auf die hohen Zinsen für die ausländischen Kredite und die Boykottpolitik des Westens nach 1981 zurückgeführt wurden, findet man jetzt in sowjetischen Medien auch Informationen über die sozialen Auswirkungen der Krise. So etwa behauptet ein "Pravda"-Redakteur, daß es 1987 in Polen erst 2 % Arme gegeben hätte, nun aber die Armut um sich greife und bereits 20 % der Bevölkerung betreffe. (26) In solchen Darstellungen kritisiert man zwar nicht direkt den marktwirtschaftlich orientierten Kurs Polens, signalisiert jedoch eindeutig Vorbehalte.

In der Berichterstattung über Ungarn wurden ebenfalls die ökonomischen und sozialen Krisenerscheinungen von sowjetischen Journalisten ausgespart, wodurch der schnelle Wandel des politischen Systems unverständlich bleiben mußte. In den Berichten sieht es so aus, als ob die Kommunisten freiwillig auf ihr Machtmonopol verzichtet und am Runden Tisch mit den oppositionellen Gruppen über den Wahlmodus für 1990 verhandelt haben. Da über die heftigen Fraktionskämpfe in der Partei nicht berichtet wurde, muß es für sowjetische Leser überraschend gewesen sein, im Oktober zu erfahren, daß sich die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei von einer kommunistischen Kaderpartei in eine sozialistische Volkspartei verwandelt habe. Ohne jegliche Wertung wies die "Pravda" darauf hin, daß der bisherige Generalsekretär Karoly Grosz sich gegen die Umwandlung ausgesprochen habe und eine kommunistische Organisation aufrecht erhalten wolle. (27) Dagegen war in der Militärzeitung "Krasnaja Zvezda" die Beunruhigung des Autors über die "krisenhaften Erscheinungen" in Ungarn nicht zu übersehen. Doch auch sein Bericht über die diversen politischen Strömungen und die ungarische Debatte zur Einschätzung der Ereignisse von 1956 war in sehr zurückhaltendem Ton abgefaßt. Sogar die Auflösung der kommunistischen Parteizirkel in der Armee und die Möglichkeit der Armeeingehörigen, sich am Wohnort verschiedenen politischen Parteien anzuschließen, schilderte er ausführlich. (28)

Die Hintergründe der dynamischen Entwicklung in Ungarn kamen jedoch selten zur Sprache. Der Wirtschaftswissenschaftler und Kongreßdeputierte Oleg Bogomolov befaßte sich in den radikal-reformistischen "Moskovskie novosti" mit der tiefen Krise der ungarischen Gesellschaft, für die die kommunistische Führung verantwortlich sei. Er meinte, viele Delegierte hätten für die Umwandlung der Arbeiterpartei gestimmt, in der Hoffnung, so ihre Führungspositionen auch nach den Wahlen bewahren zu können. (29)

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß bei der Berichterstattung über Polen und Ungarn die politischen Ereignisse dominierten. Die gesellschaftlichen Prozesse, die die Veränderungen bewirkten, blieben zumeist im Dunkeln. Diese Herangehensweise legt nahe, daß die Leser nicht die sowjetischen Krisenerscheinungen in den polnischen und ungarischen Verhältnissen wiedererkennen und womöglich ähnlich dynamische Auswege anstreben sollten. Eine Ausnahme bildete etwa der Artikel des Sozialwissenschaftlers Jevgenij Ambarcumov in den "Moskovskie novosti" Ende Mai. Dort stellte er die These auf, daß es auch in der Sowjetunion zur Bildung unabhängiger Gewerkschaften wie in Polen kommen werde, wenn die Gewerkschaftsfunktionäre ihren "bürokratischen Schlaf" fortsetzen würden. In Gorbachevs Versuch, das Gravitationszentrum der Macht vom Parteiapparat auf das Parlament umzuverlagern, sah Ambarcumov ebenfalls eine Parallele zu Polen. (30)

In der sowjetischen Berichterstattung über die DDR, ČSSR und Bulgarien scheint bis zum Herbst 1989 das Hauptkriterium bei der Themenauswahl gewesen zu sein; möglichst keine Tabuzonen zu berühren. Die Autoren beschränkten sich auf die Schilderung von positiven Einzelaspekten der Gesellschaften und enthielten sich einer Bewertung der gesamten Entwicklung. Dadurch blieben die Positionen der Autoren und die angestrebte innenpolitische Wirkung der Berichte unklar.

Bei den sowjetischen Berichten über die DDR konnten nur Kenner die versteckten Hinweise auf die Absage der SED an den Perestrojka-Kurs vor der "Wende" im Herbst finden. Kritik wurde dann auch nicht offen formuliert, sondern - wie bei einem Artikel im "Echo planety" - gegen die sowjetischen Konservativen gerichtet, die sich zu Unrecht auf die Erfolge der zentralistischen Planung in der DDR beriefen. Daß die DDR-Wirtschaft im Vergleich zur Sowjetunion gut dastehe, hätte sie nur ihrem Sonderstatus als "innerdeutscher Markt" zu verdanken. Dadurch sei ihr technologischer Rückstand geringer, doch die Innovationsfähigkeit der vielgerühmten DDR-Kombinate hätte bereits nachgelassen wegen der monopolistischen Tendenzen bei der Preisbildung. Die aus politischen Gründen stabil gehaltenen Lebensmittelpreise zeigten ebenfalls negative Nebenwirkungen, wenn z.B. Brot als Futtermittel benutzt werde. (31) Solche kritischen Töne waren aber auch in dieser Zeitschrift die Ausnahme.

Was in der sowjetischen Presse bis September völlig fehlte, waren Hinweise darauf, daß sich in der DDR eine oppositionelle Bewegung herauszubilden begann und sogar die Blockparteien zunehmend eigenständige Positionen vertraten. Bis kurz vor Honeckers Absetzung wurden bezüglich des Flüchtlingsstromes und der Demonstrationen zumeist die Meldungen des DDR-Innenministeriums unkommentiert übernommen. Daraus konnte man die Ursachen des Protestes nicht entnehmen, die Demonstranten wurden zudem als Rowdies abgetan. (32) Nur Gorbačev höchstpersönlich erlaubte sich nach seinem Besuch in Ostberlin eine andere Wertung: die DDR-Jugend dränge zu einer politischen Reform, und auch in der Wirtschaft sowie den "nationalen Beziehungen" gebe es Versäumnisse. Erst nach dem Rücktritt des gesamten Politbüros und der Regierung der DDR konnte man auch in der "Pravda" lesen, daß es in allen Lebensbereichen der DDR eine umfassende Krisensituation gebe. Der sowjetische Regierungssprecher ließ verlauten, eine nichtkommunistische Regierung sei vorstellbar. Oppositionsgruppen wie das "Neue Forum" galten nun als Kräfte, die die Erneuerung des Sozialismus und die Kontrolle des Machtapparates anstrebten. (33)

Auch in der Berichterstattung über die ČSSR dominierten bis Herbst 1989 die schönfärberischen Artikel, so daß für die sowjetischen Zeitungsleser die dortigen Veränderungen ebenfalls überraschend kamen. Hinweise auf die

Existenz von Oppositionsgruppen waren bis dahin die Ausnahme. Um so erstaunlicher fand ich einen Artikel in der Zeitschrift "Echo planety", der sich bereits im Frühjahr mit den Aktivitäten der CHARTA 77, Palach Press und dem "Klub der sozialistischen Erneuerung" auseinandersetzte. Die Position der tschechoslowakischen Parteiführung, nach der es sich dabei um von außen unterstützte Diversanten handle, wurde auf eine Weise zitiert, die den Zweifel des Autors klar zum Ausdruck brachte. (34)

Als im Mai Vaclav Havel unter dem Druck in- und ausländischer Proteste vorzeitig aus der Haft entlassen wurde, erschienen in einigen sowjetischen Medien kurze Notizen. Einmal wurde sogar erwähnt, daß sich die sowjetische Schriftstellergruppe "April" für Havel eingesetzt habe. (35) Hinweise auf die gewaltsame Beendigung des Prager Frühlings 1968 waren bis zur Ablösung jener tschechoslowakischen Parteifunktionäre, die die Intervention gefordert hatten, nicht anzutreffen. Um so verdienstvoller ist daher jene Artikelreihe in der Zeitschrift des Friedenskomitees zu bewerten, die sich bereits im August 1989 mit der Bedeutung der Intervention für die sowjetische Öffentlichkeit auseinandersetzte. Der einleitende redaktionelle Beitrag wies darauf hin, daß nach der Niederschlagung des Prager Frühlings die Verfolgung Andersdenkender in der Sowjetunion ebenfalls zunahm. Daher würden die Gegner der Perestrojka in der Sowjetunion auch heute noch die Intervention rechtfertigen. Als Beleg wurde der Artikel eines Teilnehmers an der Intervention aus einer sibirischen Zeitung abgedruckt, der den damaligen Widerstand als Angelegenheit einiger Provokateure und faschistischer Rowdies abtat. Als Lehre aus den damaligen Ereignissen sah der Autor jenes ominöse Dekret über Staatsverbrechen vom 8. April, das die Perestrojka vor "Anschwärzern, Demagogen und Extremisten" schützen würde. Auf Bitte eines anderen Lesers wurde das "Manifest der zweitausend Worte" von 1968 abgedruckt, das in sowjetischen Schulbüchern immer noch als Beweis für die Tätigkeit "volksfeindlicher Kräfte" in der ČSSR dargestellt wird. (36)

Die Berichterstattung über Bulgarien war bis November 1989 ebenfalls von diplomatischer Taktik geprägt. Ohne die praktische Umsetzung zu hinterfragen, wurden sämtliche Reformankündigungen des inzwischen entlassenen Staats- und Parteichefs Živkov gemeldet. Daß es in Bulgarien keinerlei Demokratisierung, sondern eine Verfolgung von politischen und nationalen Minderheiten gab, konnten die sowjetischen Leser nur auf abenteuerlichen Umwegen erfahren. Ende Mai wurde die Erklärung Živkows über eine anti-bulgarische Kampagne in der Türkei abgedruckt. Worum es dabei ging, blieb offen, denn über die Zwangsbulgarisierung der türkischen Minderheit, deren Widerstand und Abschiebung in die Türkei war nicht informiert worden. Sowjetische Medien übernahmen sogar die Behauptung der bulgarischen Presse, die türkische Regierung benutze die Übersiedler als Prell-

bock gegen die kurdische Minderheit, indem sie sie in deren Gebieten ansiedele. In dieser angespannten Lage kam Živkov nach Moskau und traf Gorbačev angeblich in einer "warmen, freundschaftlichen Atmosphäre". Als Themen der Gespräche wurden nur die gemeinsamen Reformbemühungen, der RGW und die Abrüstungsschritte verzeichnet. (37)

Hinweise auf die Massenflucht der Türken aus Bulgarien erschienen erst im Juli 1989 in den sowjetischen Zeitungen, als bereits über hunderttausend in der Türkei angekommen waren. Ganz diplomatisch wurde dazu eine bulgarische Journalistin zitiert, die die Ausreisenden nach ihren Gründen befragt hatte. So konnte man etwas über die (Zwangs)Umwandlung der islamischen in bulgarische Namen in den Jahren 1984/85 erfahren sowie die Hoffnung der Ausreisenden auf Unterstützung durch wohlhabendere Verwandte in der Türkei. Bald darauf wurde in einem "Izvestija"-Artikel berichtet, daß ganze Dörfer geschlossen ausgewandert und nur einige wenige Flüchtlinge wieder zurückgekehrt seien. (38)

Während über dieses Minderheitenproblem zumindest bruchstückhafte Informationen nach und nach erschienen, war in der sowjetischen Presse bis November nichts über die freie Gewerkschaft "Podkrepa" und die Umweltgruppe "Ökoglasnost" zu finden, die ebenfalls von der bulgarischen Regierung verfolgt wurden. So dürfte es die sowjetischen Leser überrascht haben, als es diesen oppositionellen Gruppen durch Demonstrationen gelang, die kommunistische Partei zu einer Änderung ihres Kurses zu zwingen. Doch ist offensichtlich, daß nicht einmal der Korrespondent der liberalen "Izvestija" die freie Gewerkschaft für notwendig erachtet. Noch Ende Dezember wurden zur Einschätzung der "Podkrepa" nur das bulgarische Parteiorgan und die offiziellen Gewerkschaften zitiert, die dort nur Abenteuerum und Destabilisierungsversuche sehen. (39)

Am spärlichsten war bis Dezember 1989 die Berichterstattung über Rumänien. Zumeist erschienen nur kleine Notizen über Parteitagungen, Staatsbesuche aus den Bruderländern oder Jubiläen. Zwar brachte die "Pravda" im Juli 1989 in einem langen Artikel voller Erfolgsmeldungen auch einige Hinweise auf das Elend der Bevölkerung: Trotz der Rationierung aller Grundnahrungsmittel gebe es überall Schlangen, bei Energie und Heizung müsse die Bevölkerung sehr sparen. Doch die Ursachen wurden nur angedeutet: Planungsfehler, schlechte Kaderpolitik und ein uneffektiver Wirtschaftsmechanismus. Unkritisch wurde dagegen mit der Behauptung der rumänischen Führung umgegangen, daß seit der Begleichung der Auslandsschulden die Bedürfnisse der Bevölkerung stärker berücksichtigt würden. (40) Nur selten und ganz verhalten wurde auf die systematische Zerstörung rumänischer Dörfer, die als nicht entwicklungsfähig gelten, eingegangen. Zwar wurde in Frage gestellt, ob die geplanten Agrostädte den traditionel-

len Lebensformen der Bauern entsprechen, jedoch gleichzeitig alles mit einer zynischen Formel aus dem rumänischen Parteiblatt legitimiert: "Der objektive Prozeß ist mit sentimental Argumenten nicht aufzuhalten." (41) Nach diesen unkritischen Darstellungen war es um so erstaunlicher, daß "Pravda" und "Izvestija" bereits am 19. Dezember - parallel mit den westlichen Medien - über die Demonstrationen in Temesvar informierten. In den Berichten war von "Gläubigen" die Rede, die ihren Pfarrer verteidigten, und Ceauşescus Bewertung "Hooligans" und "antinationale terroristische Gruppen" wurde nur noch als Zitat wiedergegeben. Nachdem Ceauşescu geflohen war, wurden in langen Artikeln voller Sympathie die Verbrüderung der Armee mit den Demonstranten und die Kämpfe mit den "Terroristen" aus der persönlichen Garde des Diktators geschildert. (42)

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die sowjetischen Leser bis zum Herbst 1989 um so weniger über die sozialistischen Länder erfuhren, je stärker sich deren Führungen von der Perestrojka abschotteten. Dieser Zustand der eingeschränkten Glasnost aufgrund außenpolitischer Rücksichtnahmen wurde danach nur selten in der sowjetischen Presse problematisiert. Als Entschuldigung für schönfärberische Artikel über Bruderländer, die in einem Leserbrief kritisiert worden waren, gab die Redaktion der Zeitschrift "Echo planety" die Ursachen ihrer Selbstzensur preis. Nachdem sie einen Artikel über die Konflikte zwischen Ungarn und Rumänien publiziert habe, sei der Botschafter Rumäniens bei ihrem Herausgeber - der Regierungsagentur TASS - vorstellig geworden und hätte sich solche "Einmischungen in die inneren Angelegenheiten" seines Landes verbeten. Da nicht nur Rumänien auf diese Weise auf Kritik reagiere, habe man sich in der Redaktion entschlossen, bei Problembereichen hauptsächlich Journalisten aus dem jeweiligen Land zu Wort kommen zu lassen.

Einen prinzipiellen Ausweg aus diesem Dilemma sah die Redaktion nur in einer weiteren Demokratisierung der innersowjetischen Verhältnisse: Das lang umstrittene Pressegesetz müsse endlich verabschiedet werden, damit in Zukunft die Autoren und nicht wie bisher die Herausgeber für publizierte Meinungen hafteten. (43) Auch Valentin Falin, der Leiter der ZK-Abteilung für internationale Fragen sprach sich für ein solches Pressegesetz aus, da es gerade die komplizierten Beziehungen zu den Bruderländern entkrampfen würde. Er vertrat die Ansicht, daß wahre Freunde keine Komplimente, sondern eine offene Auseinandersetzung brauchten. (44) Diese Stellungnahme vom März 1989 bewerteten die Moskauer Osteuropa-Experten als Ermutigung für ungeschminkte Analysen.

Das fehlende Pressegesetz scheint jedoch nicht die einzige Hürde für eine kritische Berichterstattung über Mittel- und Osteuropa gewesen zu sein, denn die Lage änderte sich erst nach den radikalen Umwälzungen in der

DDR, ČSSR, Bulgarien und Rumänien. Nun können sich die sowjetischen Konservativen in den Redaktionsstuben nicht mehr hinter außenpolitischen Rücksichtsmaßnahmen verstecken. In den reformorientierten Publikationen hat eine Auseinandersetzung mit der kompromittierenden Informationspolitik über die Bruderländer begonnen. Anhand der Beispiele Bulgarien und Rumänien wird es als Zynismus bezeichnet, wenn Živkov und Ceaușescu, solange sie amtierten, beweihräuchert wurden, um sogleich nach ihrem Sturz als korrupte Diktatoren beschimpft zu werden. Nun wird gefordert, daß ausländische Mißstände in Zukunft auch ohne Weisung der Parteinstanzen kritisiert werden können. Denn gerade die Konzentration der Beziehungen auf die Parteebene bewirkte die falsche Solidarität bis zum bitteren Ende. Durch die Entstehung der neuen Institutionen in Mittel- und Südosteuropa würden veränderte Kontakte nötig. Dabei seien Berührungssängste zu überwinden, weil deren Sprecher früher oft als Staatsfeinde in den Gefängnissen saßen. (45)

Die Deputierten des Kongresses und des Obersten Sowjet, denen das Recht zur Einflußnahme auf die sowjetische Außenpolitik zugesprochen wurde, haben nun gute Voraussetzungen, das Monopol der Parteispitze in diesem Bereich aufzubrechen. Bei historischen Themen mit innenpolitischem Bezug wurde das schon vom Kongreß getan, als einige Deputierte über den Afghanistan-Krieg und den Hitler-Stalin-Pakt kontroverse Standpunkte einbrachten. Mit einer Stellungnahme zu aktuellen Aspekten der Europapolitik hat sich bisher nur der prominente Deputierte des radikalen Flügels Boris Jelcin vorgewagt. Im September, als TASS ein neues Spannungsdreieck zwischen Ungarn, der DDR und der BRD beschwor, forderte er die Freizügigkeit für alle DDR-Umsiedler. Der sowjetische Regierungssprecher kommentierte damals Jelcins Äußerung recht säuerlich - es gebe keine "Neben-Außenpolitik". (46)

3.2. Zur Rolle sowjetischer Osteuropa-Experten

In einer Gesellschaft, die bisher fast hermetisch von der Außenwelt abgeschlossen war und in der es nur wenige gefilterte Informationen gab, kommt den Experten in Sachen Auswärtiges eine besondere Rolle zu. Nur sie verfügen über Kriterien, um komplexe Zusammenhänge einzuschätzen. Gleichzeitig ist aber ihre Beratungstätigkeit viel stärker als im Westen auf die Entscheidungsträger abgestimmt. Noch ist diese Tätigkeit weitgehend auf die Bedürfnisse des Außenministeriums und der betreffenden ZK-Abteilungen zugeschnitten. Doch wurde schon die Forderung formuliert, daß in Zukunft auch eine öffentliche Beratung - in Form von Hearings - vor den Ausschüssen des Volkskongresses und Obersten Sowjet stattfinden soll.

Die Wissenschaftler selbst haben bereits begonnen, sich für einen Meinungspluralismus stark zu machen: Es gibt inzwischen nicht nur offene Dispute in den Fachzeitschriften, sondern vor allem auch die Institutionalisierung öffentlicher Streitgespräche. In Moskau konnte ich ein solches Forum kennenlernen. Alle zwei Wochen fand ein Seminar zum Thema "Reformen und Macht" statt, das von informellen Gruppen organisiert wurde. Wissenschaftler verschiedener Institute stellten vor einem freiwillig erscheinenden Publikum von 200 - 1.000 Leuten - je nach dem Ruf der angekündigten Redner - ihre Standpunkte dar, woraufhin sie mit Fragen und Kritik der Zuhörer konfrontiert wurden. Im Frühjahr/Sommer 1989 war durch Tiflis die zentrale Frage, um die alle Diskussionen kreisten, ob der Demokratisierungsprozeß fortgesetzt werden könne. Umstritten war, ob die vielfältigen Probleme der UdSSR eher durch ein autoritäres oder basisdemokratisches System zu bewältigen seien.

Nicht zufällig stammten viele Redner dieses Forums aus dem Wirtschaftsinstitut für das sozialistische Weltsystem, bei dem ich auch mein Forschungsvorhaben angesiedelt hatte. Dieses Institut, das von Oleg Bogomolov geleitet wird, gilt allgemein als wichtiger Wegbereiter der Perestrojka. Aufgrund ihrer mutigen Publikationen waren die Institutsmitglieder in der Brežnev-Ara oft angeeckt und teilweise heftig von den Konservativen kritisiert worden. Zwar wurde ihre Studie vom Januar 1980, in der sie vor einer Ausweitung des Afghanistan-Krieges gewarnt und auf die negativen Folgen für die Entspannungspolitik verwiesen hatten, erst jetzt publiziert. (47) Doch hatten die Artikel von Institutsangehörigen - besonders Jevgenij Ambarcumov und Anatolij Butenko - während der Polenkrise 1980/81 sogar im Westen Aufsehen erregt. Damals plädierten diese Autoren für eine stärkere Berücksichtigung der vielschichtigen Interessen in der sozialistischen Gesellschaft und beriefen sich dabei auf Lenins Politik in der Phase der "Neuen Ökonomischen Politik" (NÖP). Ihre Positionen wurden vom Chefredakteur der theoretischen Parteizeitung "Kommunist", Richard Kosolapov, empört zurückgewiesen und damit die gesamte Diskussion über Widersprüche in der sozialistischen Gesellschaft unterbunden. (48)

Nachdem Gorbačev selbst die NÖP zum Vorbild einer friedlichen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Interessen erklärt hat, wird diese Position nur noch von einer Strömung am Institut aufrechterhalten. Sie gelten im Institut als Konservative, obwohl sie im Spektrum der innersowjetischen Diskussion eher als Zentristen einzuschätzen sind. Als führender Kopf dieser Strömung wird der Philosoph Butenko angesehen. Er behauptet, daß es unter Lenin sozialistische Grundlagen gab, die von den Stalinisten nach und nach durch andere Mechanismen ersetzt wurden. Wenn der Sozialismus von diesen "Deformationen" gereinigt werde, könne er der Perestrojka den nötigen Unterbau liefern. Die Konzentration auf das extensive

Wachstum in der sowjetischen Industrialisierung der 30er Jahre und in Osteuropa in den Nachkriegsjahren hält er für die einzige Möglichkeit, wie damals dem Druck des Imperialismus begegnet werden konnte. (49)

Die zentristischen Kräfte an diesem Institut äußern Zweifel, ob man heute noch an die NÖP anknüpfen könne, da sich die soziale und ökonomische Lage stark verändert habe. Ambarcumov zum Beispiel verweist darauf, daß die Reformkräfte ihr Modernisierungsprogramm auf eine Änderung im Agrarsektor aufbauen wollten, doch dabei nicht nur am bürokratischen Apparat gescheitert seien. Durch die sogenannte "Entkulakisierung" sei in den 30er Jahren auch jene Bauernschicht vernichtet worden, die über Erfahrungen mit Eigeninitiative verfügte. (50)

Am heftigsten ist die Kritik an der Vorbildfunktion der NÖP von seiten der radikalen Kräfte. Für sie ist die NÖP gerade daran gescheitert, daß sie über keine politische Abstützung verfügte. Von politischer Demokratie könne in dieser Phase nicht die Rede sein, daher bedeute ein Anknüpfen gleichzeitig das Festhalten am Machtmonopol einer Partei mit Fraktionsverbot. (51) Am weitestgehenden kritisierte Aleksandr Cipko das dogmatische Sozialismus-Bild. In einer vieldiskutierten Artikelserie behauptete er, daß für die Mehrheit des Parteiaktivs Ende der 20er Jahre Sozialismus unvereinbar mit Privateigentum, Markt und Profit war. Lenins Zugeständnisse an die Kleinbesitzer in der NÖP seien nur als vorübergehende Maßnahme begriffen worden. Durch das schematische Klassendenken sei nicht nur Stalin, sondern auch Trockij, Sinoviev, Kamenev - ja sogar Kautsky - davon überzeugt gewesen, daß nach der Revolution aufgrund einer objektiven Gesetzmäßigkeit die Interessen der Nichtproletarier wie etwa der Bauern zurücktreten müßten. Die hochfliegenden Industrialisierungspläne seien damals in der UdSSR nicht einmal auf ihre Durchführbarkeit überprüft worden. Warnende Stimmen wie die des Agrarökonomen Aleksandr Čajanov hätte man gewaltsam zum Schweigen gebracht. (52)

Solche Debatten über mögliche Alternativen zum stalinistischen Sozialismusmodell erinnern stark an die der westeuropäischen Linken Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre. Daher enthalten sie für die westliche Osteuropa-Diskussion wenig neue Informationen, sind aber in ihrem Stellenwert für die Entstalinisierung der sowjetischen Gesellschaft nicht zu unterschätzen. Eine solche Auseinandersetzung wurde im "Tauwetter" noch nicht geführt. Wie damals gibt es auch heute in der UdSSR starke Tendenzen - worauf Cipko verweist -, zwar die Verbrechen Stalins zuzugeben, aber gleichzeitig die Strukturen, die sie möglich machten, zu verteidigen.

Bei der Suche nach Wegen, wie diese Strukturen umgestaltet werden können, kommt meines Erachtens den sowjetischen Mittel- und Osteuropa-Experten eine besondere Bedeutung zu. Im Frühjahr/Sommer 1989 war diese

Frage noch nicht so aktuell wie jetzt, nachdem in Mittel- und Südosteuropa ein radikaler Demokratisierungsprozeß begann, der den Rahmen der Perestrojka bereits gesprengt hat.

Am Wirtschaftsinstitut für das sozialistische Weltsystem ist offenbar alle empirische Vorarbeit geleistet worden, um die Entwicklungen in Mittel- und Südosteuropa realistisch einzuschätzen. Schon seit langem hatte man neben der Politik der kommunistischen Parteien auch die Interessen anderer gesellschaftlicher Gruppen untersucht. Bezüglich der reformorientierten Länder Polen und Ungarn wurden diese Hintergrundinformationen sogar für einen breiten Leserkreis veröffentlicht. (53) Aber was die damals noch nicht auf Reformkurs befindlichen Staaten anbelangt, waren die Publikationen sehr zurückhaltend. So etwa berief sich der stellvertretende Institutsleiter Leonid Jagodovski in einem Artikel über die Ursachen der ČSSR-Intervention von 1968 sogar auf eine Legitimationsschrift der "Normalisierer" von 1970. (54) Es gab zu allen anstehenden Problemen Osteuropas zwar Material von Institutsangehörigen, doch war es aufgrund eines Vermerks nur einem äußerst begrenzten Kreis zugänglich. Zur Begründung wurde auf die Proteste der Botschafter der betroffenen Staaten hingewiesen, die sogar kritische Publikationen von Wissenschaftlern als "Einmischung in die inneren Angelegenheiten" betrachteten.

Diese Rücksichtnahme auf die Wirkungen bei den reformunwilligen Regierungen ließ auch die Konzepte zur Umgestaltung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) als utopisch erscheinen. Die Experten des Instituts publizierten in den letzten Jahren viele Vorschläge, wie Marktelemente, direkte Betriebskontakte und die Konvertierbarkeit der Währungen gefördert werden könnten. (55) Weswegen diese Vorschläge in der Praxis nicht zum Zuge kamen, wurde bisher öffentlich kaum thematisiert.

Da sich inzwischen alle RGW-Staaten auf Reformkurs befinden, ist nun eine offene Auseinandersetzung über die Konzepte zu einer Wirtschaftsintegration und verstärkten Arbeitsteilung möglich. (56) Zwar wurde im Sommer 1989 von sowjetischer Seite immer wieder betont, daß die Integration in den Weltmarkt und die internationalen Wirtschaftsorganisationen den Vorrang hätten. Da aber alle RGW-Staaten vorerst große Schwierigkeiten haben, die internationale Wettbewerbsfähigkeit ihrer Exporte zu sichern, dürfte sich weiterhin ein großer Teil ihres Austausches im RGW-Rahmen vollziehen, sofern befriedigendere Verrechnungsformen gefunden werden. Zumindest sind die meisten osteuropäischen Staaten auf Energieträger aus der UdSSR angewiesen.

4. Wege zur Annäherung in Europa

Durch die dynamischen Entwicklungen seit Herbst 1989 in der DDR, ČSSR, Bulgarien und Rumänien eröffnet sich nicht nur die Möglichkeit für effektivere Wirtschaftsbeziehungen im RGW-Bereich, sondern auch für einen breiten Erfahrungsaustausch über Demokratisierungsprozesse. Im Frühjahr und Sommer wurden in der UdSSR die Veränderungen in Polen und Ungarn nur von einem kleinen Kreis - besonders aus den informellen Gruppen - als mögliches Vorbild wahrgenommen. Diese Kräfte konzentrierten sich aber infolge des Dekretes über Staatsverbrechen darauf, sich den Raum für öffentliches Agieren wieder zu erkämpfen. Zudem waren die Auswirkungen der Verhandlungen an den Runden Tischen in Warschau und Budapest auch noch nicht so klar erkennbar wie heute.

Nun werden täglich in den sowjetischen Medien aus Mittel- und Südosteuropa - zwar mit einiger Verspätung und Abschwächung - sensationelle Ereignisse gemeldet. Nicht nur, daß die kommunistischen Parteien überall ihr Machtmonopol aufgeben mußten. Die ehemals oppositionellen Kräfte konnten sich unter dem Druck der Massenbewegungen in den politischen Entscheidungsprozeß einschalten und sind nun dabei, ihre Vorstellungen zur Systemveränderung zu verwirklichen.

Dieser dynamische Prozeß steht im scharfen Gegensatz zu der düsteren Stimmung in der Sowjetunion. Dort wird der Bevölkerung jetzt klar, daß die Perestrojka erst in mehreren Jahren zu einer Verbesserung der Lebensumstände führen kann - sofern sie sich überhaupt durchsetzt. Die Preisreform - die 1988 nach ersten Ankündigungen wegen der unwilligen Reaktion der Bevölkerung vertagt worden war - soll nun durchgeführt werden. Sie dürfte für einen Teil der Bevölkerung finanzielle Einbußen bedeuten und daher die Unzufriedenheit verstärken. Der zugespitzte Machtkampf, der die Wahlen zu den lokalen und regionalen Sowjets begleitet, hat die politischen Strömungen polarisiert. In einigen Republiken werden die Vertreter der Volksfronten weitaus mehr Stimmen als die Partei bekommen.

Politische Lösungsformen für die in vielen Republiken ausgebrochenen Nationalitätenkonflikte haben die Reformkräfte bisher nicht entwickelt. Durch den Einsatz von Truppen können zwar kurzfristig Pogrome unterbunden werden, doch ist der politische Schaden solcher Maßnahmen kaum wieder zu beheben. Ob es Gorbačev angesichts dieser vielfältigen Probleme gelingen kann, das Reformprogramm voranzutreiben, ist noch offen.

Es gibt unter den Moskauer Intellektuellen zunehmend Stimmen, die ihm hartes Durchgreifen mittels eines Notstandsregimes empfehlen, damit die Konservativen sich nicht das wachsende Konfliktpotential zunutze machen

können. Verblüffend ist, daß solche Standpunkte auch von einem Mitarbeiter des Bogomolov-Instituts geäußert werden, der als einer der ersten das Konzept der "Civil Society" in der UdSSR propagierte. Andranik Migranjan sieht heute die größte Gefahr in den "unkontrollierbaren Bewegungen", die keinen Vertrag mit der Macht schließen wollen. Sie würden erst über "soziale Schocks" diesem Ziel näherkommen. Um diesen kostenreichen Weg zu umgehen, plädierte er für eine starke persönliche Macht an der Spitze des Staates. Mit Hinweisen auf den jahrhundertelangen Weg der Westeuropäer zur Demokratie stellt er in Frage, ob in der UdSSR der direkte Übergang vom Totalitarismus zu demokratischen Strukturen überhaupt möglich sei. Eine autoritäre Zwischenstufe hält er gerade wegen der Implementierung der ökonomischen Reform gegen einen breiten Widerstand für notwendig. (57)

Migranjan steht mit solchen Ansichten nicht allein. Auch andere Wissenschaftler betonen, daß jene industriellen Schwellenländer, die die UdSSR überholten, alle undemokratische Strukturen gehabt hätten. Ein anderer Entwicklungsweg als der in Südkorea oder Taiwan sei zwar wünschenswert, aber für ein sozialstaatlich orientiertes Modell wie Schweden fehlten in der UdSSR die Voraussetzungen. Sogar die autoritären Regime in Asien hätten auf eine vielschichtige Gesellschaft und einen funktionierenden Markt ihre schnelle Entwicklung aufbauen können. (58)

Skeptiker wie Migranjan sahen im Sommer 1989 in den mittel- und südosteuropäischen Staaten keine ernsthaften Bündnispartner bei der Suche nach eigenständigen Entwicklungswegen. Sie meinten, daß Polen und Ungarn aufgrund des aufgezwungenen Stalinschen Modells dieselben Probleme wie die UdSSR hätten und ihr Umbau ebenfalls auf westliche Kredite angewiesen sei.

Die gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR, ČSSR, Bulgarien und Rumänien seit Herbst 1989 haben diese Ausgangsbedingungen teilweise verändert. Die wirtschaftliche Lage dieser Länder ist zwar - unterschiedlich stark - durch Fehlinvestitionen und Auslandsschulden belastet. Überall werden riesige Anstrengungen nötig sein, um den Anschluß an die Entwicklungen am Weltmarkt zu gewinnen. Gleichzeitig haben sich dort aber die politischen Bedingungen entscheidend verbessert, weil das kommunistische Machtmonopol in allen Gesellschaftsbereichen beseitigt wird.

Die Beziehungen zwischen den Staaten der Warschauer Vertragsorganisation können nun nicht mehr auf der abgeschirmten Ebene der Parteikader stattfinden, sondern müssen in neue effektive Formen eingebunden werden. Inwieweit die Vorschläge sowjetischer Wissenschaftler und Politiker zur Schaffung eines RGW-Parlamentes jetzt noch Zugkraft haben, muß offen bleiben. Die Warschauer Vertragsorganisation wird jedenfalls ihren Schwerpunkt von den militärischen zu politischen Aufgaben verlagern. (59)

Die Erwartungen der meisten mittel- und südosteuropäischen Regierungen sind derzeit vornehmlich auf die westeuropäischen Organisationen gerichtet, die Möglichkeiten einer RGW-Reform werden skeptisch beurteilt. Es ist wichtig, daß bei den Kooperationsangeboten aus Westeuropa auch die UdSSR einbezogen wird, selbst wenn ihr Wirtschaftsapparat im Umbau von den Plan- zu Marktmechanismen nicht so schnell vorankommt wie der Mitteleuropas. Denn sollte die Perestrojka auf dieselbe Art enden wie die sowjetischen Reformversuche der 60er Jahre, dann wären die Folgen weitaus prekärer als die Stagnation der Brežnev-Ära. (60)

Die UdSSR ist inzwischen soweit in Bewegung geraten, daß eine Machtübernahme konservativer Kräfte blutige Konsequenzen hätte. Dem kürzlich verabschiedeten Programm der Konservativen läßt sich entnehmen, daß sie das - bereits aufgebrochene - Machtmonopol der Partei verteidigen wollen. Das würde nicht nur das Ende der Demokratisierung bedeuten, sondern auch Bürgerkrieg in vielen Republiken. An einen zügigen Abzug der sowjetischen Truppen aus Mittel- und Südosteuropa sowie eine adäquate Lösung der deutschen Frage wäre nicht zu denken.

Eine neue Friedensordnung in Europa kann nur mit den sowjetischen Reformkräften erreicht werden. Diese könnten ihre Basis verbreitern, indem sie den Demokratisierungsprozeß beschleunigen und zumindest die radikal-demokratischen Kräfte an sich binden. Die Entscheidungen des jüngsten ZK-Plenums geben Anlaß zur Hoffnung, daß durch die Anerkennung der Interessen politischer Kräfte außerhalb der Partei eine neue Phase im Reformprozeß eingeleitet werden soll. Je radikalere Maßnahmen Gorbachev in der Innen- und Außenpolitik ergreift, um so stärker wird er auf die Unterstützung des Westens angewiesen sein, weil ihn die Konservativen zum Verzichtspolitiker abstempeln werden.

Deshalb sollten die westlichen Regierungen darum bemüht sein, den engen Handlungsspielraum der sowjetischen Reformkräfte durch eigene Zugeständnisse ständig zu erweitern. Das betrifft außer der Unterstützung für das Modernisierungsprogramm der UdSSR vor allem die Abrüstungsvorschläge, die bisher nur zögerlich aufgegriffen wurden. Drittens sollten die neuen parlamentarischen Strukturen und die informellen Gruppen in der UdSSR gestärkt werden, damit sie sich tatkräftiger ins politische Geschehen einschalten können. Die rechtliche Absicherung ihres Wirkens ist noch verbesserungsbedürftig (das Presse- sowie das Vereinsgesetz werden seit Jahren diskutiert, aber nicht verabschiedet). Der Weg zu einer Friedensordnung in Europa erfordert, daß in Mittel- und Südosteuropa sowie in der UdSSR Modernisierung, Entmilitarisierung und Demokratisierung als untrennbare Einheit gesehen werden.

ANMERKUNGEN

- 1 Die Zielvorstellungen der sowjetischen Osteuropa-Politik werden in einem seit 1988 von der DFG geförderten Projekt bearbeitet. Während eines dreimonatigen Aufenthaltes in Moskau, den ebenfalls die DFG ermöglichte, wurden die Hypothesen in Gesprächen mit sowjetischen Wissenschaftlern überprüft. Mein Dank gilt insbesondere den Professoren Dašičev, Orlik, M. Pavlova-Sil'vanskaja, Jaz'kova und anderen Kollegen vom Wirtschaftsinstitut für das sozialistische Weltsystem.
- 2 Nina Andrejewa, Ich kann meine Prinzipien nicht preisgeben, in: Neues Deutschland v. 2./3.4.88; siehe auch Die Prinzipien der Umgestaltung: revolutionäres Denken und Handeln, in: Neues Deutschland v. 9./10.4.88.
- 3 Dazu Interview mit einem führenden Mitglied des Instituts für sowjetischen Staatsaufbau und Recht, Alexander Makovski, Hinter juristischen Formulierungen, in: Neue Zeit 17/89, S. 21-22.
- 4 Sogar in einem ansonsten kritischen Bericht ist von einer "verfassungsfeindlichen Kundgebung" und der Aufwieglung durch "besonders extremistisch eingestellte Führer" die Rede. Vgl. Galina Sidorowa, Eine Tragödie, in: Neue Zeit 17/89, S. 5-8.
- 5 Der zweite Punkt ihres 1988 veröffentlichten Programms lautet: "Ablehnung nicht nur des Stalinismus, sondern auch des Leninkultes, der Ideologie des Leninismus, die das Fundament der totalitären Ideologie wurde". Vgl. deutsche Übersetzung, Die Demokratische Union, in: Osteuropa-Forum aktuell 21/88, S. 20.
- 6 Der Text von Solženicyn "Zit' ne po lzi!" war von der Zeitschrift "Vek XX i Mir" 2/89 abgedruckt worden, woraufhin die Redaktion stark unter Druck gesetzt wurde. Beim Glasnost-Tag gab es Fotokopien des Artikels.
- 7 Bei dieser Abstimmung gab es noch kein vernünftiges Abzählsystem. Stimmenanzahl gemäß der Zeitung der Moskauer Wählervereinigung, Chronika 14.
- 8 Pravda v. 5.6.89.
- 9 Der Text erschien deutsch: Andrej Sacharov, Alle Macht den Sowjets!, in: Das 20. Jahrhundert und der Frieden, August 1989, S. 9-12.

- 10 Die Zeitschrift der Abgeordnetengruppe "Narodnyi deputat" mit dem Programm erhielt keine Druckgenehmigung und erschien daher als Sondernummer im "Sovetskij Fizik", Nr. 34/89.
- 11 Horst Bacia, Die Macht den Räten, nicht der Partei, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 8.11.89.
- 12 Dazu Paul Karp, Hintertreppe für Technokraten, sowie Pawel Gutiontow, Zeichen der Übereinstimmung, Perestrojka-Gegner finden zueinander, beide in: Neue Zeit 40/89, S. 35-37.
- 13 Lolly Zamoiskij, Behind the Facade of the Masonic Temple, Moscow 1989.
- 14 Ursprünglich war "Pamjat" eine Organisation, die sich um die Erhaltung russischer Kulturgüter und Umweltschutz bemühte. Der antisemitische Einfluß geht von der Moskauer und der Leningrader Gruppe aus.
- 15 Gespräch mit Walentin Rasputin, in: Osteuropa-Forum aktuell 21/89, S. 2124 und Vasilij Belov, Vystuplenie na pervoj sesii Verchovnogo Soveta SSR, in: Literaturnaja Rossija 37 v. 15.9.89.
- 16 Arbeiterfront beklagt Lebensbedingungen in der UdSSR, in: BPA-Ostinformationen v. 16.10.89.
- 17 Za politiku narodnogo soglasija i rossiskogo vrozroždenija, in: Literaturnaja Rossija v. 29.12.89.
- 18 So Hamid Cherisci, Kaukasus in Flammen, in: Die Tageszeitung v. 20.1.90.
- 19 Nina Andreeva, Glasnost' objazyvaet, in: Molodaja gvardija 7/1989, S. 272 f.; Pražskaja vesna '68, in: Otkrytaja Zona (Sondernummer), Moskva 1988 und Andrej Fadin, Polnische Collage, in: Das XX. Jahrhundert und der Frieden 5/89, S. 40-46.
- 20 Fachzeitschriften gibt es zwar über die USA, Afrika und den Fernen Osten, aber nicht über Europa.
- 21 V. Runov, Bjuleteni nadežd, in: Sovetskaja Rossija v. 31.5.89 und A. Staruchin, Provokacija v Krakove, in: Pravda v. 19.5.89.
- 22 TASS, Sborišče u sovetskogo posol'stva, in: Pravda v. 17.6.89.
- 23 Jurij Zukov: Čto mešaet pokončit' s "Cholodnoj vojnoj", in: Pravda v. 12.6.89.

- 24 G. Polegaev: Pol'sa. Bezpredentnyj dialog, in: Echo planety 7/89, S. 2023.
- 25 TASS, Istoričeskaja otvetstvennost' PROP, in: Pravda v. 17.6.89.
- 26 M. Tret'jakov, Problemy Pol'si, in: Pravda v. 12.11.89.
- 27 V. Gerasimov / S. Ivanov: Sezđ zaveršil rabotu, in: Pravda v. 10.10.89.
- 28 V. Baberdin, Nad Dunaem osen', in: Krasnaja zvezda v. 26.11.89.
- 29 O. Bogomolov, HSWP changes its name and aims, in: Moscow News 42/89, S. 3.
- 30 Y. Ambartsumov, Political Renewal, in: Moscow News 22/89.
- 31 A. Nesterenko, Plan ili rynek?, in: Echo planety 15/89, S. 20-23.
- 32 S. Baigarov, Problemy ne rešajut na ulice, in: Pravda v. 11.10.89 und ders., V MVD GDR, in: Pravda v. 12.10.89.
- 33 Programma kommunistov GDR, in: Pravda v. 12.11.89 und Eine Stimme aus dem Neuen Forum, in: Neue Zeit 47/89, S. 2.
- 34 V. Rževskij, Čechoslovakija: Zima trevog, in: Echo planety 10/89, S. 22-24.
- 35 L. Kornilov: Rešenie Pražskogo suda, in: Izvestija v. 18.5.89 und Notiz in: Neue Zeit 23/89, S. 45.
- 36 Sich an alles erinnern, wie es war, in: Das 20. Jahrhundert und der Frieden 8/89, S. 22-28.
- 37 TASS, Zajavlenie T. Živkova, in: Pravda v. 31.5.89; Trevoga za sud'by Sootečestvennikov, in: Pravda v. 22.6.89 und Družeskaja vstreča, in: Pravda v. 24.6.89.
- 38 I. Dončeva, Put' v neizvestnost', in: Literaturnaja gazeta v. 5.7.89 und A. Kapralov, Musul'mane vozvraščajutsja domoj, in: Izvestija v. 12.7.89.
- 39 A. Kapralov, K čemu prizyvaet "Podkrepa"?, in: Izvestija v. 27.12.89.
- 40 V. Vedraško / V. Sarov, Vremja stroit' mosty, in: Pravda v. 7.7.89.

- 41 N. Morozov, Sag vernyj i nevidannyj, in: Echo planety 21/89, S. 23.
- 42 V. Volodin, Volnenija v Timiŝoare, in: Izvestija v. 19.12.89; TASS, Obstanovka v Rumynii, in: Izvestija v. 22.12.89; TASS, K položeniju v Rumynii, in: Izvestija v. 23.12.89.
- 43 A. Nizamutdinov, Eŝče raz o glasnosti, in: Echo planety 8/89, S. 10.
- 44 V. Falin, Kritičeski otnoŝit'sja k sebe, in: Argumenty i fakty 9 v. 4.3.89.
- 45 M. Pavlova - M. Silvanskaja, Osteuropa. Gruppenbild mit UdSSR, in: Neue Zeit 52/89, S. 4-7; dies., Das Ende des Conducator, in: Neue Zeit 1/90, S. 5-7 u. Osteuropa im Umbruch, in: Moscow News 2/90, S. 4.
- 46 Jelcin zur Ausreise von DDR-Flüchtlingen, in: BPA-Informationen v. 13.9.89.
- 47 Afghanistan: as seen in 1980, in: Moscow News 30/89.
- 48 Überblick dieser Debatte: René Ahlberg, Konflikttheorie und Konflikterfahrung in der UdSSR, in: Osteuropa 4/85, S. 233-255 und Klaus Segbers, Der sowjetische Systemwandel, Frankfurt 1989.
- 49 A. Butenko, Sozialismus: Zeit der Veränderungen, Moskau 1988 und ders. in der Diskussionsrunde, Problemy razrabotki koncepcii sovremen-nogo socializma, in: Voprosy filosofii 11/88, S. 42 ff.
- 50 J. Ambarcumov, Europa und Reformen, in: Demokratische Reformen und Europäische Sicherheit, Dokumentation des internationalen Seminars der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1989.
- 51 In der Diskussion des Forums "Reformen und Macht" z.B. A. Migranjan und Belkin.
- 52 A. Cipko, Istoki stalinizma, in: Nauka i Zizn' 11 und 12/88 sowie 1 und 2/89.
- 53 Vgl. M. Pavlova-Sil'vanskaja, Pol'ša: radi nacional'nogo primerenija, in: Literaturnaja gazeta 5 v. 1.2.89 und dies., Pljuralizm dlja obscestva, pljuralizm dlja sebja, in: Literaturnaja gazeta 22 v. 31.5.89.
- 54 Jagodovskijs verquere Absicherung fällt besonders auf, wenn man den Artikel über die CSSR-Intervention mit seinem offeneren Interview über Ungarn 1956 vergleicht. Vgl. Čechoslovakija, Avgust 1968 goda, in: Argumenty i fakty 33 v. 13.8.88 und Budapeŝtskaja osen' 1956 ogo, in: Argumenty i fakty 46 v. 12.11.88.

- 55 O. Bogomolov, SEV v mirovoj ekonomike i koncepcija vzaimozavisimosti, in: SEV 2/89, S. 17-20 oder das Diskussionspapier seines Instituts, East-West Relations and Eastern Europe, An American-Soviet Dialogue, in: Problems of Communism, May 1988, S. 60-67.
- 56 Intern wurde die Notwendigkeit neuer marktorientierter Austauschformen im RGW auch schon vor den revolutionären Ereignissen in der DDR diskutiert. Vgl. Studie des Forschungsprojektes Sozialismustheorie, Sektion Philosophie, Humboldt-Universität Berlin, Juli 1989.
- 57 A. Migranjan, Vzaimootnošenija individa, obščestva i gosudarstva v političeskoj teorii marksima i problemy demokratizacii socialisticseskogo obščestva, in: Voprosy filosofii 8/87, S. 75-91 und ders. in der Diskussionsrunde, All the grey men. How to counter the conservatives?, Moscow News 43/89.
- 58 Zum Beispiel Professor Gordon in den Diskussionen des Seminars "Reformen und Macht".
- 59 M. Besrukow / A. Kortunow, Welches Bündnis brauchen wir?, in: Neue Zeit 40/89, S. 9-11.
- 60 Über die Ursachen des Scheiterns der Reform von 1965 vgl. K. Segbers, a.a.O., S. 50 f.